

Bettina Hornhues MdB

Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Familien, Senioren, Frauen und Jugend
Stellv. Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Stellv. Mitglied im Ausschuss für Digitale Agenda

Zwischen Bremen und Berlin

Juli 2014

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,*

das erste Halbjahr ist geschafft und wir gehen nun in die parlamentarische Sommerpause. Die letzten Sitzungswochen waren geprägt durch viele spannende Themen, die wir beraten und verabschiedet haben, u.a. gehören dazu das Rentenpaket mit der Mütterrente, die am 01. Juli in Kraft getreten ist, die EEG-Novelle und der Mindestlohn. Aber auch in den Sommermonaten hat das politische Berlin viel zu bieten. Zahlreiche Sommerfeste luden ein, nicht nur die große Politik, sondern auch das eine oder andere WM-Spiel zu verfolgen. Bei einer Veranstaltung in der Bremer Landesvertretung habe ich unseren Bremer WM-Helden von 2006 getroffen, den ich an dieser Stelle bestimmt nicht vorzustellen brauche...



Bild: In der Bremer Landesvertretung...

Nun aber stehen erst mal einige Wochen der Ruhe und Entspannung an, um einerseits Termine im Wahlkreis wahrzunehmen sowie einige Dinge aufarbeiten zu können und andererseits auch Kraft für das zweite Halbjahr zu tanken. Und ganz besonders freue ich mich auf unseren anstehenden Familienurlaub und die Zeit mit meinen Kindern. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine schöne Sommerzeit und viel Spaß bei der Lektüre der dritten Ausgabe meines Newsletters!

HERZLICHE GRÜßE

IHRE

Bettina Hornhues

Berlin aktuell

Mindestlohn

Wir stärken das Tarifsystem durch staatliche Flankierung. Im Januar 2015 wird in Reaktion auf die sinkende Tarifbindung einmalig ein allgemeiner Mindestlohn in Höhe von brutto 8,50 Euro je Zeitstunde gesetzlich festgelegt. Natürlich ist es besser, wenn die Tarifvertragsparteien die Löhne regeln. Aber in Bereichen, wo keine Tarifverträge mehr existieren, bin ich der Ansicht, dass der Staat die Arbeitnehmer schützen und der Gesetzgeber den Ersatzmann für die Tarifparteien spielen muss. Die Anpassungsentscheidung erfolgt in einem zweijährigen, nicht jährlichen Turnus, erstmals mit Wirkung zum 1. Januar 2017. Der zweijährige Zyklus entspricht den üblichen tariflichen Entgeltanpassungen. Die Erhöhung ist und bleibt allein Entscheidung der Tarifpartner in einer unabhängigen, paritätisch besetzten Kommission.

Ausnahmen haben wir im Gesetzgebungsverfahren im Dialog mit den Tarifvertragsparteien festgelegt. Sie gelten für Jugendliche unter 18 Jahren, Langzeitarbeitslose in den ersten sechs Monaten, für Absolventen von Pflicht- und ausbildungsbegleitenden Praktika bis zu einer Dauer von drei Monaten. Ein Blick ins Ausland bestätigt, dass dies die (Wieder-)Einstiegchancen in den Arbeitsmarkt erheblich verbessert, was uns von CDU und CSU ein besonderes Anliegen war. Auf besonderen Wunsch der SPD wachsen die Zeitungszusteller bis 2017 stufenweise in den Mindestlohn hinein: Ab 2015 haben sie Anspruch auf 75 Prozent und ab 2016 auf 85 Prozent des Mindestlohns.

Es waren schwierige Verhandlungen, aber als Vorstandsmitglied der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüße ich sehr das nun verabschiedete Gesamtpaket.



Bild: Zusammen mit der CDU/CSU- Arbeitnehmergruppe

Bundestag verabschiedet EEG-Novelle und sichert damit tausende Arbeitsplätze

Ich freue mich sehr, dass der Deutsche Bundestag in seiner Sitzung am 27. Juni 2014 nach langen Verhandlungsrunden eine schnelle und grundlegende Reform der Förderung der Erneuerbaren Energien auf den Weg gebracht hat. Ziel ist es, einen geordneten Ausbau der erneuerbaren Energien in den nächsten Jahren zu gewährleisten, die Kosteneffizienz und die Wirtschaftlichkeit des Fördersystems zu erhöhen sowie Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze in der energieintensiven Industrie auch zukünftig zu sichern.

Selten wurde ein Thema in den vergangenen Wochen so kontrovers diskutiert wie die Energiereform. Mit der Novelle, die von der Großen Koalition eingebracht wurde, wird die Förderung von Wind, Sonne und Biomasse aber in vernünftigeren Bahnen gelenkt. Die neuen Regeln nutzen sowohl Verbrauchern als auch Unternehmen.

Dieses gilt vor allem in Hinblick auf die On- und Offshore-Firmen in meinem Wahlkreis. Die EEG-Novelle gibt Planungssicherheit für die Windkraftfirmen und sichert so die Arbeitsplätze in Bremerhaven und Bremen. Offshore leistet dabei durch die fast grundlastfähige Energieversorgungsmöglichkeit einen wichtigen Baustein der Energieversorgung von morgen.

Der Ausbau wird deswegen kontinuierlich vorangetrieben, jedoch orientiert sich die Stromerzeugung auf See zukünftig an realistischen Ausbaumöglichkeiten. Hierzu wird ein Ausbaudeckel von 6500 MW bis 2020 vorgesehen. Danach soll sich die Kapazität der Windenergieanlagen auf See um jährlich 800 Megawatt erhöhen, um so das im Koalitionsvertrag vereinbarte Ausbauziel von 15.000 Megawatt bis 2030 zu erreichen.

Und auch für die privaten Verbraucher gibt es gute Nachrichten, denn das Änderungsgesetz enthält Mechanismen, die einen weiteren Anstieg der EEG-Umlage bremsen werden. Es darf nämlich nicht alleinige Aufgabe der Stromverbraucher sein, die EEG-Umlage zu finanzieren. Hierfür haben wir gute Regelungen gefunden.

Unterwegs im Wahlkreis

Bremen-Nord

Ende Mai habe ich zusammen mit mehreren Abgeordneten der CDU-Bürgerschaftsfraktion die Eyüp-Sultan-Bahce Moschee in Bremen-Nord besucht. Im Rahmen eines Kennlerngespräches konnten wir den neuen Imam willkommen heißen und uns über das vielfältige soziale Engagement der Gemeinde informieren. Gerade weil sich die Integration vieler Muslime schwierig gestaltet, sind regelmäßige Gespräche mit den Gemeinden wichtig, um ein beiderseitiges Verständnis füreinander herzustellen, Probleme offen anzusprechen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Wir werden wiederkommen und freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit vor Ort!



Bild: Zusammen mit dem Gemeindevorstand der ESB-Moschee

Bremerhaven

In Bremerhaven standen mehrere Besuche in sozialen Einrichtungen auf der Agenda, u.a. Kindertagesstätten mit Kleinkindbetreuung, die AWO Bremerhaven, wo ich zusammen mit der Vorsitzenden Marlies Manken mehrere Einrichtungen besucht habe sowie ein Gespräch mit der Geschäftsführerin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Viola Müller-Krause. Thematisch ging es hierbei vor allem um die dringende Notwendigkeit eines Hospizes in der Seestadt, wie es die CDU-Stadtverordnetenfraktion schon lange fordert. Ich werde dieses Vorhaben auf jeden Fall unterstützen!

Büro in Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 79 303
Fax: 030 - 227 76 305

Wahlkreisbüro Bremen-Nord

Georg Gleistein-Str. 51
28757 Bremen
Tel: 0421- 66 59 58 40
Fax: 0421- 66 59 58 41

Wahlkreisbüro Bremerhaven

Bismarckstr. 2
27570 Bremerhaven
Tel: 0471- 95 21 67 40
Fax: 0471- 95 21 67 41